

Problemanzeigen bei Geflüchteten und Helfer/innen

Bleibeperspektive

- Viele Flüchtlinge haben Angst vor der Ablehnung durch Bundesamt und Gericht und dann vor der Abschiebung (auch in unsichere Gebiete wie z.B. Afghanistan).
 - Diese Angst überträgt sich zum Teil auch auf Ehrenamtliche
 - Die Unsicherheit der vielen jungen Männer, ob sie abgeschoben werden und somit nicht arbeiten dürfen, führt auch zu erhöhtem Alkoholmissbrauch mit all seinen Folgen oder in die Illegalität.
- Hohe Zahl der Dublinverfahren und die damit verbundene, drohende Abschiebung in das „sichere EU-Land“ schafft ein Klima der Hoffnungslosigkeit.
 - Angst vor Rückführungen, Obdachlosigkeit, Rückkehr in die Prostitution, Trennung von Familie/Partner etc
 - Betroffen sind z.Zt. viele Somalier (auch Schwangere), die nach Italien überstellt werden. Sie bekommen nach der Rückführung nach Italien oft nur eine Fahrkarte in die Innenstadt und keine weitere Unterstützung.
- Für sogenannte „Altfälle“ (langwierige Verfahren, Geduldete) fehlen Möglichkeiten, (z.B. über eigenständige Unterhaltssicherung) dauerhaft bleiben zu dürfen

Unterbringung

- Fehlender Wohnraum, so dass keine private Wohnung angemietet werden kann trotz der Berechtigung, aus einer Sammelunterkunft ausziehen zu dürfen
- Schließung dezentraler Einrichtungen (kleinere Einheiten auf dem Land) - Zuweisung in größere Gemeinschaftsunterkünfte
 - Die großen Unterkünfte, die oft abseits liegen, erschweren den natürlichen Kontakt zu den Einheimischen / Ehrenamtlichen
 - Ehrenamtliche stellen Engagement ein, wenn neue Unterkunft zu weit weg ist
 - Wenig Privatsphäre in Mehrbettzimmern mit fremden Menschen
 - Teilweise problematische hygienische Situation für Schwangere
- Identifizierung vulnerabler Geflüchteter in allen Einrichtungen, besonders im AnKER-Zentrum Schweinfurt und Ergreifen geeigneter Schutzmaßnahmen (geschützter Wohnraum, Betreuung)

Zugang zu Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten

- Arbeitsverbote bei nicht anerkannten Asylbewerber/innen oder bei schlechter Bleibeperspektive
 - Fehlende Tagesstruktur wegen fehlender Beschäftigung (keine Arbeitserlaubnis oder keine Möglichkeit einen Deutschkurs zu besuchen - Gefahr von erhöhtem Alkoholkonsum und tätlichen Auseinandersetzungen steigt)
- Unzureichende oder fehlende Sprachförderung für (weibliche) Analphabetinnen (Kinderbetreuung, Hilfe im Haushalt bei noch kleinen, vielen oder kranken Kindern).
- Schwierigkeiten, Ausbildung erfolgreich zu beenden - Fehleinschätzung; Berufswahl von außen beeinflusst; mangelnde Sprachkenntnisse
- Die Flüchtlinge, die hier angekommen sind, machen in der Regel die harten Arbeiten, für die sich wenige Deutsche interessieren.
- Für Kursteilnehmer (z.B. bei Kolping), die auf dem Land untergebracht sind, stellt sich oft das Fahrproblem. Meist gibt es nur sehr wenige Busverbindungen.

Behörden

- Anträge, Anträge, Anträge, Warten, Fristen, Fehler, Klage, Kosten, Warten ...

Soziale Kontakte

- Viele Flüchtlinge sind hier auch einfach sehr alleine und tun sich schwer damit, Freunde zu finden, auch unter den Deutschen. Zudem erleben sie viele Deutschen als verschlossen.
- Manche sind durch die Arbeits- und Alltagsrhythmen so eingebunden, dass es ihnen schwerfällt, Kontakt zu ihren Landsleuten zu halten.
- Wunsch, mehr Kontakt zu Deutschen zu haben, um die Sprache einfach im Alltag zu hören und das Leben der Menschen kennenzulernen. Von sich aus kommen Migranten aus verschiedenen Gründen eher selten auf einen zu.

Familie

- Angst um die Angehörigen, die noch in Kriegsgebieten oder der auf der Flucht sind
- Problem mit Familiennachzug; mangelnde Planbarkeit (wann und ob es klappt)
- Probleme anerkannter, unverheirateter Erwachsener, zu heiraten, d.h. geeignete Landleute kennenzulernen (oder Verlobte nachzuholen).
- Eheproblematik - Frauen lernen neue Freiheiten und Rechte kennen - Konflikt mit hergebrachten Rollen

ANKER-Zentrum SW

- Die Sachleistungsumstellung. Die Asylbewerber haben immer weniger Barmittel zur Verfügung, um Anwalt oder persönliche Dinge des täglichen Lebens zu bezahlen.
- Verlängerung des Aufenthaltes – ohne Transfer - in der ANKER-Einrichtung von 6 auf 24 Monate. Leute sind zunehmend frustriert.
 - „Weiterhin sind viele Bewohner sehr angespannt aufgrund der recht langanhaltenden, einschränkenden Wohnsituation in der Großunterkunft hier mit nur geringen Aussichten auf einen Asylplatz sowie Umzug. Die fortschreitende Umstellung auf das Sachleistungsprinzip sorgt für großen Ärger, dem in der Beratung regelmäßig Luft gemacht wird.“
 - „Die Anspannung unserer Klienten liegt weiterhin auf hohem Niveau, zwei Personen überweisen wir an psychiatrische Kliniken. Lebensmüde Gedanken kommen immer wieder in der Beratung zur Sprache.“

Psychische Probleme

- In Sammelunterkünften leiden viele unter Schlafstörungen und weiteren psychischen Problemen, aufgrund der schlimmen Erfahrungen, die sie gemacht haben, und weil sie, solange sie noch im Asylverfahren sind, hier gar nicht richtig ankommen können.
- Junge, männliche Geflüchtete und Drogen als "Coping" bei möglicher Traumatisierung, Heimweh und Integrationsrückschlägen (Diskrepanz zwischen Erwartungen und der Realität)
- Ausweitung des Projektes SoulTalk auf andere Einrichtungen und Sicherstellen der Finanzierung dieser psychosozialen Betreuung wäre wünschenswert.
- Bei Psychotherapien werden Dolmetscherkosten nicht übernommen

Spirituelle Angebote

- gewohnte religiöse Traditionen / Angebote fehlen, z.B. armenische Gottesdienste; spirituelle Entwurzelung

Schule

- Schulprobleme von Kindern, die nach dem Grundschulalter zu uns kommen und bis zur 9. Klasse die Bildungsdefizite nicht mehr aufholen können und dann unter Umständen lebenslang benachteiligt sind.
- Psychologische Betreuung von Schulkindern mit Fluchthintergrund

Verhältnis zu Ehrenamtlichen

- Selbständig-Werden bei Geflüchteten - haben gelernt, auf Hilfe zu setzen
- Enttäuschung über Verhalten von Geflüchteten bei Ehrenamtlichen
 - Hilfsangebote werden weniger angenommen
 - Leistungsverweigerung bei einzelnen Geflüchteten
 - Sinn von Sozialleistungen (als subsidiäre Notleistung) fehlt

Kirchenasyl

- Ein großes Problem wird die Verlängerung der Frist auf 18 Monate im Kirchenasyl werden, für die geflüchteten Menschen, sowie für die HelferInnen
- Ebenso ist zu nennen, dass das Bundesamt bei der Prüfung der Dossiers nicht auf humanitäre Gründe schaut, sondern nur eine formale Prüfung vornimmt – in der Regel gewähren wir Kirchenasyl aus humanitären Gründen
- Der Kostenfaktor steigt zusätzlich, da zur Basisversorgung noch die ärztliche Versorgung und Anwaltskosten kommen